

Fiskalpolitik

Neue Wächter für den Haushalt

Kommentar Einige Länder haben einen Rat für Fiskalpolitik geschaffen, der Gesetzesvorlagen in Echtzeit kontrolliert. Von diesen Räten könnte Europa mehr gebrauchen.

von Lars Calmfors, George Kopits und Coen Teulings

Griechenlands Glaubwürdigkeit zerbröselte, als sich das Haushaltsdefizit als deutlich größer herausstellte als erwartet. Doch Griechenland ist kein Einzelfall: In vielen anderen Ländern hat mangelnde Transparenz einen raschen Anstieg der öffentlichen Schulden verschleiert. Hintergrund ist ein einzigartiges Zusammenspiel von negativen demografischen Trends, großzügigen Sozialleistungen und vogelwildem Steuerbemessungsgrundlagen. Erschwert wird all dies durch die Anhäufung von Verbindlichkeiten, die aus den Rettungsmaßnahmen für die Finanzbranche erwachsen könnten.

In Europa sollten supranationale Einrichtungen für Haushaltsdisziplin und Klarheit sorgen: Aufgabe der EU-Kommission und von Eurostat war es, den Stabilitätspakt mit mehrjährigen Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen umzusetzen. Da der Rat der Finanzminister auf den angemessenen Druck verzichtet hat, mangelt es den Institutionen jedoch an politischer Rückendeckung. In der Folge sind sie als Aufsicht zahnlos. Die Reform von 2005 schwächte den Stabilitätspakt nur noch weiter.

Jetzt, wo ihnen die Schulden über den Kopf zu wachsen drohen, bleiben die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten sich selbst überlassen. Innerhalb und außerhalb der Euro-Zone werden die bekannten Optionen für eine Reform der Sozialsysteme und des Steuermodells abgewägt. Ergänzt werden soll dies um eine neue Form von fiskalpolitischen Einrichtungen auf Staatsebene: Belgien, Kanada, Schweden, Ungarn und Slowenien haben sich vom haushaltspolitischen Büro des US-Kongresses (CBO) und der zentralen Planungsbehörde (CPB) in den Niederlanden inspirieren lassen und ähnliche Behörden gegründet. In einigen Fällen wurden sie dabei von einem Expertengremium in Sachen Fiskalpolitik überwacht.